

Migranten im Bezirk 2
Große Anfrage in der BVV

Gute Arbeit - gutes Geld 3
Von Hartz IV zum Prekariat

Stefan Liebich: Wir wollen verändern Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik

DIE LINKE hat Zulauf – bundesweit und auch in Berlin. Ihre Positionen bestimmen zunehmend die öffentliche Debatte. Das macht andere Parteien unruhig. Der CDU fällt - wie einst unter Pfarrer Hinze – nichts anderes ein, als die „Rote Socken“-Kampagne wieder zu beleben. Aber das half schon in den 90er Jahren nicht. Am 24./25. Mai trifft sich DIE LINKE. zu ihrem ersten Bundesparteitag in Cottbus.

Aus diesem Anlass sprach WiR mit **Stefan Liebich**, Mda, Stellv. Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Berliner Abgeordnetenhaus.

Stefan, die CDU behauptet, DIE LINKE würde „wesentliche Teile unseres Grundgesetzes in Frage stellen“ und damit „Hand an die verfassungsmäßige Ordnung“ legen.

Wie steht DIE LINKE zum Grundgesetz und zu dessen Werten?

DIE LINKE ist eine demokratische Partei, die auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Es gibt auch gute Gründe dafür, denn die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben einen Rahmen geschaffen, in dem auch die Arbeit für eine linke Partei möglich ist und lohnt. Im Rahmen der politischen Willensbildung setzen wir uns dafür ein, dass möglichst viele Menschen gemeinsam mit uns für mehr soziale Gerechtigkeit und Demokratie streiten. Dass unsere Ziele über die jetzige Gesellschaft hinausweisen, ist dabei kein Widerspruch zum Grundgesetz. Freiheit und Sozialismus, das sind unsere Ziele und die sind verfassungsgemäß.

Die CDU will über die „Gefahren und wahren Ziele der Linkspartei“ aufklären. Muss jemand Angst vor der LINKEN haben?

Ich verstehe, wenn Fragen an unsere neue Partei gerichtet werden, wenn auch diese Form von „Aufklärung“ von politischen Mitbewerbern zu durchsichtig erscheint. Es ist allerdings schon an der Zeit, das in unseren programmatischen Eckpunkten als offene Frage formulierte Verhältnis von sozialen und individuellen Bürgerrechten zu beant-

worten: Wir wollen beides. Mehr noch: „Elementar ist für uns die Unverletzlichkeit der Menschenrechte und universeller demokratischer Grundsätze. Wir vertrauen weder auf die Allmacht des Profits noch auf die des Staates. Die neue LINKE setzt auf Freiheit und Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger, auf ihre Selbstbestimmung und auf demokratische Mehrheiten für sozial gerechte Regeln einer lebenswerten Gesellschaft.“ So steht es im Leit-antrag des Parteivorstands an den demnächst in Cottbus tagenden Parteitag - und das ist deutlich.

Der Reinickendorfer CDU-Kreisvorsitzende Frank Steffel macht sich Sorgen darum, dass Rot-Rot in Berlin ein „Modell“ für andere Bundesländer, für die Bundesrepublik werden könnte. Was macht Berlin interessant?

Wir setzen hier das bereits um, was unsere Partei anderswo in Wahlkämpfen vorschlägt: Längeres gemeinsames Lernen bis zur zehnten Klasse, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit sinnvollen, längerfristigen Arbeitsplätzen, die zudem nach Mindestlohn bezahlt werden, anstelle von 1-Euro-Jobs und den Verzicht auf die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. All dies wollen viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland.

Frank Steffel sorgt sich also zu recht.

Danke, Stefan.

Biografisches - geb. 1972, Studium der Betriebswirtschaft an der TFH Berlin, seit 1995 Mitglied des Abgeordnetenhaus, 2002-2006 Vorsitzender der Fraktion Linkspartei.PDS, 2001-2005 Landesvorsitzender der PDS Berlin. Sprecher des Netzwerks Forum Demokratischer Sozialismus in DIE LINKE., Mitglied von ver.di, der Volkssolidarität und der Helle Panke e.V.



www.stefan-liebich.de,
liebich@linksfraktion-berlin.de



Die Verhältnisse sind nicht so

Im Fokus der BVV: Migration in Reinickendorf

„Ein guter Mensch sein! Ja, Wer wär´s nicht gern,“ lässt Bertolt Brecht in der Dreigroschenoper seinen Helden sprechen und ein paar Zeilen später: „doch die Verhältnisse, sie sind nicht so“.

Das war das Credo der Debatte in der 18. Sitzung der BVV zur Großen Anfrage von Bündnis90/Die Grünen „Migration – In Reinickendorf kein Thema“. Bezirksstadtrat für Soziales und Gesundheit, Andreas Höhne (SPD), beantwortete die sieben Unterfragen ausführlich.

Vielschichtige Probleme

Etwa 23.000 Bürger mit Migrationshintergrund leben in Reinickendorf. Informationsangebote im Internet für diese Bevölkerungsgruppe sind unterbelichtet. Das Bezirksamt bietet aber kostenlos Sprachunterricht für Bürger mit kleinen Einkommen an. Positive Tendenzen gibt es immerhin bei der Vermittlung von Beschäftigungsverhältnissen, mit Hilfe der Maßnahmen des Job-Centers, des öffentlichen Beschäftigungssektors und einer Vielzahl von Projekten Freier Träger.

Anhand des Berliner Sozialstrukturatlases verwies der Stadtrat auf Verkehrszellen wie Tegel-Süd und Märkisches Viertel, die durch Erwerbslosigkeit, Sozialhilfebezug, Ar-

mut, geringe Lebenserwartung und Bildung, mangelnde Sprachkenntnisse und Kindergesundheit überproportional belastet sind. Hier liegt der Anteil der Bürger mit Migrationshintergrund über dem bezirklichen Durchschnitt von 9,6 Prozent.

Armut und Gewalt

Diese sozial belasteten Verkehrszellen sind durch Mangel an sozialer Infrastruktur, einen hohen Grad der Armut, Gewaltprobleme inner- und außerhalb der Familien, aber auch zunehmenden Rassismus gekennzeichnet. Betroffen sind alle Bewohner dieser Kieze, unabhängig davon ob ihre Eltern in Berlin, Sachsen, Italien, der Türkei, Kasachstan oder anderswo geboren wurden.

Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Probleme kamen bei der Analyse leider wieder zu kurz. Dennoch oder gerade deswegen ist jede Maßnahme zu unterstützen, die hilft, die geschilderten Probleme anzugehen - von kleineren Schulklassen, über Kultur-, Bildungs- und Sportangebote bis zur Seniorenfreizeitstätte für Russlanddeutsche.

Zum Abschluss der Debatte wurde dem Antrag zugestimmt, den Ältestenrat der BVV zu ersuchen, einen Ausschuss zu bilden, der sich mit Problemen der Bürger mit Migrationshintergrund befasst.

Herbert Hanke

Wie sich Frau Wanjura der Debatte entzieht

3. April 2008 - Die Fraktionen von SPD und B'90/Grüne bitten in einer Großen Anfrage **„Werden leitende Beamte des Bezirkes öffentlich rehabilitiert?“** (Drs.-Nr.: 0489/XVIII) um Auskunft, welche Konsequenzen das Bezirksamt (BA) aus dem Befassungsverbot gezogen hat, das von der Senatskanzlei als dienstvorgesetzter Behörde gegen die Bezirksbürgermeisterin erlassen wurde? Und weiter, ob das BA die von der Bezirksbürgermeisterin in der BVV-Sitzung vom 5. März vertretene Auffassung teilt, dass leitende Mitarbeiter die Arbeit verweigert hätten? (vgl. „Wir“ 04/08). Was folgt, sind mehrere Versuche der CDU, diese für Frau Wanjura unangenehme Debatte zu verhindern.

30. April 2008 - BVV-Vorsteher Pohl verliest in der Sondersitzung unmittelbar vor Beginn der Debatte ein Schreiben des Landesdatenschutzbeauftragten. Unter Hinweis

auf ein Telefongespräch mit der Bürgermeisterin gibt Dr. Dix der BVV den Rat, die Debatte aus Datenschutzgründen in nichtöffentlicher Sitzung abzuhalten. CDU-Fraktionsvorsitzender Schultze-Berndt beantragt, diesem Rat zu folgen. Nach § 8 (6) Bezirksverwaltungsgesetz muss darüber in nichtöffentlicher Sitzung entschieden werden. Die Gäste werden gebeten, den Saal zu verlassen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Braun erklärt später gegenüber der Presse: *„Um die Frage der öffentlichen Sitzung der BVV zu beraten und um insbesondere eine Stellungnahme der Bezirksaufsicht beim Senator für Inneres einzuholen, sahen sich die Fraktionen von Bündnisgrünen und SPD in der BVV-Sondersitzung am 30. April 2008 gezwungen, die Debatte auf den 21. Mai 2008 zu vertagen.“*

Demokratie im Keller. Fortsetzung folgt. *Friedrich Wilhelm*

BVV-Splitter

18. Sitzung, 16.4.2008

Am 10. Mai 1933 wurde von den Nazis u. a. auch das Werk des Stadtarztes und Leiters des Reinickendorfer Gesundheitsamtes, Dr. Max Hodann, „Geschlecht und Liebe“, als „schädliches und unerwünschtes Schrifttum“ verbrannt. Yusuf Dogan erkundigte sich in der **Einwohnerfragestunde**, welche Vorhaben es im Bezirk gäbe, um anlässlich des **75. Jahrestages der Bücherverbrennung** durch Lesungen oder andere Veranstaltungen der Opfer zu gedenken und weitere Zeichen gegen rechtsextrêmes Gedankengut in Reinickendorf zu setzen. Kulturstadträtin Schultze-Berndt (CDU) antwortete, dass in allen Bibliotheken ihres Verantwortungsbereiches Ausstellungen „Wider das Vergessen“ eingerichtet werden.

Eine Große Anfrage der CDU-Fraktion zum **Tourismus im grünen Norden** nutzte Bezirksbürgermeisterin Wanjura, um mehr als eine Stunde ein 18-seitiges (!) Manuskript über „ihre erfolgreiche Arbeit“ zu verlesen. Dabei spielte es offenbar keine Rolle, ob das Dargebotene etwas mit dem bezirklichen Tourismus zu tun hatte oder auch nicht.

Eine Debatte gab es zur **GA von B90/Grüne zur bezirklichen Migrationspolitik** (s. links). Zu einer verbalen „Keilerei“ zwischen CDU und SPD kam es als Herr Braun (SPD) lauthals feststellte, dass Frau Wanjura (CDU) dem Herrn Senftleben (SPD) einen Vogel gezeigt habe – was diese heftig bestritt. *H.H./F.W.*

Bürgerfrage wird BVV-Antrag

Frederik Guth, Mitglied der Reinickendorfer LINKEN, hatte folgende Einwohnerfrage eingereicht: *Ich habe gelesen, dass weit über 200 Unternehmen und Kommunen der Charta der Vielfalt beigetreten sind, darunter auch das Land Berlin, der Bezirk Pankow, die Berliner Handwerkskammer. Wie stehen die Fraktionen der BVV und das Bezirksamt zu dem Vorschlag, dass auch der Bezirk Reinickendorf der Charta beitrifft und sich damit verpflichtet, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist?*

In der BVV-Sitzung war er verhindert, so dass seine Frage unbeantwortet blieb. Wie nunmehr die Tagesordnung der BVV-Sitzung im Mai ausweist, haben SPD, CDU und FDP seine Frage als Anregung für entsprechende Anträge genutzt. *K.G.*



Alle Beiträge in ungekürzter Fassung, die Termine der BVV Reinickendorf und mehr Informationen zu unserer politischen Arbeit im Bezirk unter www.die-linke-reinickendorf.de

Gute Arbeit - aber prekäre Lage

Wenn gesellschaftliche Verhältnisse sich gegen die Menschen richten

Prekäre, d. h. unsichere Beschäftigung nimmt immer mehr zu. Menschen in dieser Lebenssituation haben keinen normalen oder festen Arbeitsvertrag, können vom zu niedrigen Lohn kaum oder nicht mehr selbständig leben, genießen so gut wie keine Arbeitnehmerrechte - sie können keine lebenswerte Zukunft, die ihnen und ihren Familien eine Perspektive eröffnet, mehr planen.

Bis zu 14 Prozent der Erwerbstätigen leben in diesen unsicheren, prekären Verhältnissen. Befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit und Lohndumping, aber auch Resignation, Passivität, Armut und Ausgrenzung - Stichworte, die heute vor

Wir wollen „Gute Arbeit!“

Auf die Frage: „Was ist gute Arbeit?“ antworten die meisten Menschen: „Die Arbeit muss sicher sein. Sie muss anständig bezahlt sein. Ich möchte mitentscheiden können, was ich mache und wie ich meine Arbeit mache. Meine Arbeit soll mich nicht krank machen, und ich möchte so arbeiten, dass ich Beruf, Freunde und Familie gut vereinbaren kann.“ Das ist gute Arbeit.

Arbeit heute: Unsicher, schlecht bezahlt und stressig. Immer weniger Menschen haben eine „gute Arbeit“: Millionen haben gar keine Arbeit oder sie arbeiten zu Hungerlöhnen. Millionen Menschen, vor allem Frauen, arbeiten in unsicheren Jobs. Millionen Menschen arbeiten sich ka-

allem für die junge Generation zur täglichen Erfahrung werden.

Fehlende persönliche Anerkennung und soziale Netze, Angst vor Erwerbslosigkeit und sozialem Abstieg führen zu einer „Disziplinierung durch Angst“ - Gift für eine Gesellschaft, die sich wesentlich über die Erwerbstätigkeit definiert. Die Spaltung in oben und unten wird immer größer.

Den Druck auf Erwerbslose weiter zu erhöhen, ist der falsche Weg. Ökonomie muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, nicht umgekehrt. Die „Soziale Marktwirtschaft“ und die herrschende Politik stoßen hier an ihre Grenzen. *H. Jusch*

putt durch Überstunden, Druck und Hetze. Leiharbeit, befristete Beschäftigungen, Teilzeitjobs, Scheinselbstständigkeit sind nicht etwa „flexible“ Formen von Arbeit. Sie sind Angriffe auf die Standards guter Arbeit. Sie sind ein Angriff auf und gegen die Beschäftigten.

Gute Arbeit – Guter Lohn! Wer acht Stunden am Tag arbeitet, muss von seiner Arbeit leben können. Wir brauchen die gesetzliche Festlegung eines allgemeinen und für alle geltenden Mindestlohnes in Höhe von mindestens 7,50 Euro in Deutschland!

(aus einem Flyer der Jusos und der Linksjugend [‘solid] Reinickendorf zum 1. Mai 2008)

Nachnutzung von Tegel jetzt vorbereiten

Tempelhof war nur der Test für Tegel. Die Reinickendorfer LINKEN unterstützen deshalb den Beschluss des Landesparteitages der Berliner LINKEN, in den kommenden Wochen und Monaten die Schließung des Flughafens Tegel vorzubereiten ... und dazu den Dialog mit Bürgerinitiativen und Umweltverbänden zu beginnen. Dazu wollen wir die guten Erfahrungen aus dem „Bündnis für ein flugfreies Tempelhof“ nutzen.

Bezirksvorstand der Partei DIE LINKE. Reinickendorf

Die Entscheidung am 27. April 2008 war wichtig für unseren Bezirk. Nein! zu Tempelhof sichert die Schließung Tegels ... Denn der

Flugbetrieb in Tegel belastet immer noch Zehntausende Bürgerinnen und Bürger in Reinickendorf, die jetzt eine gesicherte Perspektive haben.

SPD Reinickendorf

Für den Flughafen Tegel, der ein halbes Jahr nach der Inbetriebnahme des Großflughafens Berlin Brandenburg International geschlossen werden soll, soll es jetzt schnell ein Nachnutzungskonzept geben. So soll einer erneuten Diskussion über eine eventuelle Offenhaltung des zweiten innerstädtischen Flughafens entgegengewirkt werden.

SPD Berlin

Gute Arbeit in Berlin

Klaus Lederer: Berlin ist die Hauptstadt prekärer Beschäftigung. Die Zunahme prekärer Beschäftigung ist ... mehr als ein arbeitsmarktpolitisches Problem. Sie wird ab einem bestimmten Punkt zu einem gesellschaftspolitischen Problem ersten Ranges, zu einem Problem von Demokratie und menschlicher Emanzipation, zu einem Problem gesellschaftlicher Wandlungs- und Veränderungsfähigkeit ... Wir wollen eine Bewegung stärken, die sich gegen die gnadenlose Ausrichtung der Menschen nach den wirtschaftlichen Erfordernissen von Unternehmen, nach den Erwartungen von Börsenkursentwicklungen und Rendite richtet...

Heidi Knake-Werner: HARTZ IV war ein Rückfall ins 19. Jahrhundert, ... den Millionen Menschen mit dem Verlust von Einkommen und sozialer Sicherheit bezahlt haben. Das gilt nicht nur für die Erwerbslosen. Auch die Beschäftigten akzeptieren zunehmend die miesesten Bedingungen, wenn als Alternative ALG II droht – Ängste vor dem sozialen Abstieg reichen bis in die Mitte der Gesellschaft ... In Berlin haben wir nicht nur die meisten Bedarfsgemeinschaften, wir haben auch 87.000 sog. Aufstocker. Im Klartext Erwerbstätige, die von ihrem Job nicht leben können und ergänzend Sozialleistungen brauchen.

Abgekoppelt vom Aufschwung

Im April 2008 waren 13.827 Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes – das sind 12,9 % aller zivilen Erwerbstätigen – als erwerbslos registriert. Von ihnen sind 35,4 % langzeitarbeitslos, 12,1 % unter 25 und 21,5 % 55 Jahre und älter. 11.284 sind HARTZ-IV-Empfänger.

(Arbeitsmarktreport der AA Berlin-Nord, April 2008)

Prekär (lat. „precarious“) = unsicher, schwierig, misslich, heikel, widerprüflich

Weitere Materialien zum Landesparteitag der Berliner LINKEN unter http://www.die-linke-berlin.de/nc/partei/parteitage/1_landesparteitag/2_tagung/

1. Mai 2008
Foto: Wolfgang Klink



Warum DIE LINKE?

Hauptmotiv, mich für DIE LINKE zu entscheiden, ist die soziale Ungerechtigkeit, die hier in Deutschland herrscht. Hartz IV, bzw. das ALG II, ist buchstäblich zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel - eher überleben als leben. In der Politik wird derzeit an den falschen Stellen gespart und an den falschen ausgegeben - zumindest aus Sicht einer Erwerbslosen.

Menschen werden gezwungen, sich unter Wert zu verkaufen, und nicht richtig und ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert. Auch Dinge wie Rente mit 67, der

fehlende Mindestlohn und dergleichen führen zu einer Zukunftsangst, mit der man nicht leben möchte.



Jahrelang habe ich nur da gesessen und mich geärgert: Über Dinge, die versprochen wurden, über Vorschläge und Reformen, bei denen man nur denken konnte: „Schlimmer geht’s immer“. DIE LINKE ist die erste und einzige Partei, hinter deren Aussagen ich mich stellen kann, und darum wollte ich nun auch aktiv werden.

Juliane Herold, 27, Musicaldarstellerin

Am Rande

Wie Tempelhof doch noch gerettet werden kann

Der Redaktion von „WiR“ wurde gestern ein bisher geheimes Dossier der Jungen Union Reinickendorf zu- gespielt. Einige Aktivisten „der größten und aktivsten politischen Jugendorganisation im Bezirk“ halten es nach dem „überwältigenden Sieg beim jüngsten Volksentscheid“ offenbar für an der Zeit, mit „Wowereit und seinen sieben Zwergen“ Tacheles zu reden. Der „verlogene Wahlkampf“ von SPD und Linkspartei, der „besonders im Ostteil unserer Stadt gefruchtet“ habe, verlange einen harten Schnitt: Die Mauer muss wieder her! Mit der friedlichen Wende 1989 hätten wir (West-)Berliner den Ost-Berlinern den Weg zur Freiheit und Selbstbestimmung geöffnet. 18 Jahre danach fielen Neu-Berliner immer noch auf „ideologische Luftblasen“ der SED-Nachfolger und Mauerschützen herein, die ihre „eigenen politischen Überzeugungen durchzusetzen“ versuchten. Diesen Politikstil gelte es „in den kommenden Monaten zu bekämpfen“.

Als ersten Schritt dazu will die JU mit einer Postkartenaktion „Wahlrecht für Osis abschaffen!“ Unterschriften im Zonengrenzgebiet in Frohnau, Hermsdorf und Lübars sammeln. Hartz-IV-Empfänger in Marzahn und Lichtenberg sollen verpflichtet werden, Qualifizierungskurse zur Befreiung Berlins 1945 durch die NATO und die Luftbrücke zu besuchen. Weitergehend wird überlegt, für Pankower Einreisevisa für Reinickendorf einzuführen. Udo Lindenberg wird aufgefordert, die unbelehrbaren und undankbaren Jünger von Alt-Stalinisten mit Verachtung zu strafen und seinen Sonderzug nach Tibet zu schicken. Die JU will außerdem künftig weder Glückskekse noch Rotkäppchensekt in Wilhelmsruh kaufen.

Wie Tims Oma schon wusste: „Wer nicht hören will, muss fühlen.“

F. Reineke

27. Mai 2008, 19 Uhr
„Kleiner Kurt Tucholsky-Abend“
 Gedichte, Texte, Glossen - Lesung aus den Werken von Kurt Tucholsky.



Eine Veranstaltung von

Kuchsteufels LINK

Strassen- und Aktions-theater

Im Roten Laden - Eintritt kostenlos



Vorankündigung:

27. Juni - Theaterbesuch, „Linie 1“, Grips Theater, 18 Uhr

28. Juni - 2. Workshop „Straßentheater“, im Roten Laden, 14 Uhr

Leserbrief

Allein im Regen

Auch zum diesjährigen 1. Mai kündigte die Reinickendorfer Junge Union wieder Großes an: „Ping-Pong gegen Sozialismus“.

Hingelockt zur Greenwichpromenade, sollte jeder Teilnehmer eine Urkunde und einen Glückskeks (Tibet lässt grüßen) bekommen. Dort angekommen, war ich doch arg enttäuscht: Die „größte und aktivste

politische Jugendorganisation“ Reinickendorfs war angetreten - eine ganze Hand voll. Ich war doch ziemlich „beeindruckt“.

Frappierend auch der Mangel an Tischtennisplatten (Null!) - und Publikum. Die Jugend der selbsternannten „Reinickendorf-Partei“ stand allein „im Regen“ - was für eine Blamage.

Steht es um sie schon so schlecht?

Robert

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
 13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:

Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr

Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr

Tel.: 4373 2630

Fax: 4373 2632

e-mail:

redaktion@die-linke-reinickendorf.de

Termine

...im Roten Laden

4. Juni 2008, 19 Uhr, Tegeler Dialoge zur Demokratie – von Helle Panke e.V., **„Der gekaufte Staat.“ - Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben**, Sascha Adamek liest aus seinem gemeinsam mit Kim Otto verfassten, bei Kiepenheuer & Witsch erschienenen Buch, Moderation: Dr. Klaus Gloede

Impressum
 Herausgegeben vom Landesvorstand Berlin der Partei DIE LINKE., V.i.S.d.P.: Yusuf Dogan

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: DIE LINKE., Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.